

Interview:

"Lösungen sollen die Hoffnungen der Menschen reflektieren"

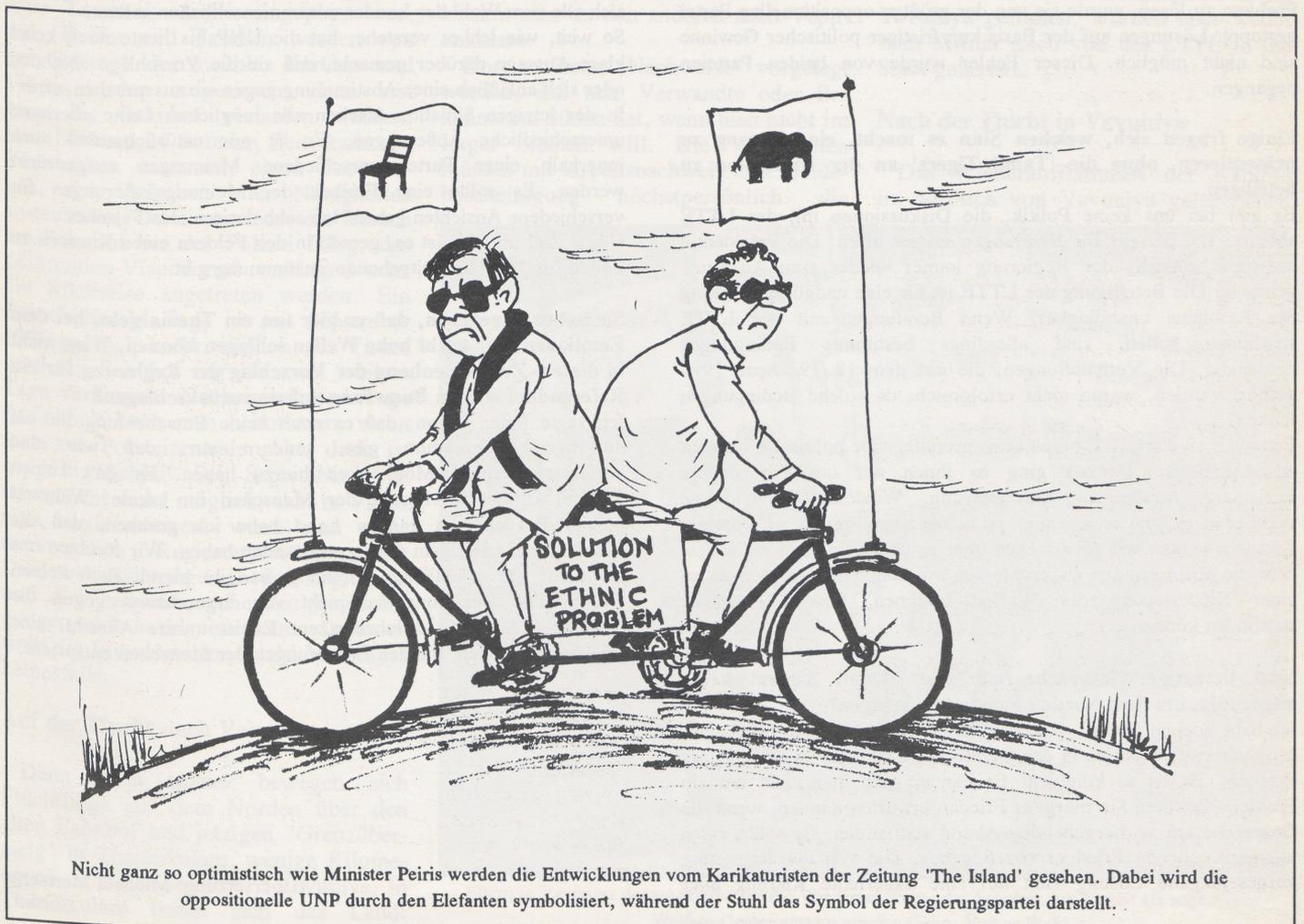
1997 wurde zum Jahr der Verfassungsreformen erklärt. Professor G.L. Peiris, Minister für Justiz und Angelegenheiten der Verfassung, sowie stellvertretender Finanzminister ist der Architekt für diese Reform und gleichzeitig Vorsitzender des 'Parliamentary Select Committee on Constitutional Reforms' (PSC). Der srilankische Journalist Sarath Perera sprach mit ihm über die Fortschritte bei den Vorschlägen zur Machtteilung im Lande.

Sie legen bei Ihrer Arbeit sehr viel Optimismus an den Tag, wenn es um die Vorschläge der Regierung zur politischen Dezentralisierung im Lande geht ('Devolution Proposals'). Wie steht es denn zur Zeit damit?

Ich möchte 1997 als das Jahr der Implementierung von Verfassungsreformen festhalten. Das 'Parliamentary Select Committee' (PSC) hat jetzt seit 16 Monaten über die Vorschläge diskutiert und verhandelt. Bereits jetzt ist ein großer Teil der Arbeit bewältigt worden. Nur etwa ein Drittel der notwendigen Arbeitsschritte liegt noch vor uns. Gegenwärtig sehe ich das Problem darin, geeignete Methoden zu finden, um den Prozeß der Verfassungsreform tatsächlich zu implementieren. Wir können nicht beliebig lange nur darüber reden. Wir müssen handeln.

Es gab Anfang Januar zwei Treffen. Das PSC wird sich auch im Februar mindestens dreimal pro Woche zusammenfinden müssen. Die Diskussionen müssen auf all die Punkte beschränkt werden, in denen bisher noch keine Einigung erzielt werden konnte.

Zwei Sitzungen werden sich mit der Frage der zukünftigen Staatsform beschäftigen, d.h. ob es sich in Zukunft um einen Zentralstaat oder eine sogenannte Union von Regionen handelt. Zwei weitere Sitzungen werden sich mit der Landfrage beschäftigen. Auf diese Weise hoffe ich, im März die Beratungen zu beenden und dem Parlament einen Abschlußbericht zu übersenden. Ich sagte bereits, daß der die Parlamentsentscheidung das Wesentliche ist. Zur Verabschiedung der Vorschläge ist eine



Zweidrittel-Mehrheit im Parlament notwendig.

Warum spricht die Regierung denn dann von einem Referendum?

Ich muß ganz deutlich sagen, daß das Parlament bisher keine Entscheidung zur Durchführung eines Referendums getroffen hat. Aber ich muß zugeben, daß es sich hierbei um eine Alternative handelt.

Gemäß der Verfassung wird eine Zweidrittelmehrheit im Parlament benötigt. Ein Referendum ist doch daher keine Alternative zur Zweidrittelmehrheit, nicht wahr?

Ich möchte es einmal so beurteilen: Für den Fall, daß die Entscheidung im Parlament nicht mit Erfolg durchgeführt werden kann, gibt es in der Verfassung eine Regelung, nach der die Durchführung eines Referendums möglich ist, um die Meinung der Bevölkerung zu berücksichtigen. Mit einem Referendum können wir die Meinung der Menschen ermitteln. Wir finden heraus, ob die Vorschläge geeignet sind, und ob sie akzeptabel sind oder nicht. Es wird für die Volksvertreter im Parlament schwer sein, sich gegen etwas auszusprechen, das durch ein Referendum angenommen wurde. Dies ist auch ein demokratischer Prozeß.

In der Geschichte unserer Landes war die Frage der Machtaufteilung bisher immer ein sehr explosives Thema. Eigentlich gibt es keine andere Fragestellung, die mit derartigen verheerenden Folgen belastet ist. Wann auch immer bisher Versuche zu einer Machtaufteilung durchgeführt wurden, gab es Anschuldigungen, eine Teilung des Landes anzustreben.

Ja, es gibt zwei Gründe hierfür. Versuche, dieses Problem zu lösen, gab es immer wieder. Der verstorbene S.W.R.D. Bandaranaike, Vater der heutigen Präsidentin, wagte sich im Jahr 1957 an eine Lösung. Aber ohne Erfolg. Wann immer eine Regierung, die an die Macht gekommen war, versuchte, das Problem zu lösen, wurde sie von der größten oppositionellen Partei gestoppt. Lösungen auf der Basis kurzfristiger politischer Gewinne sind nicht möglich. Dieser Fehler wurde von beiden Parteien begangen.

Einige fragen sich, welchen Sinn es macht, eine Lösung zu präsentieren, ohne die 'Tamil Tigers' an der Diskussion zu beteiligen.

Es gibt bei uns keine Politik, die Diskussionen mit der LTTE ablehnt. Die Tür ist für Beratungen immer offen. Die Präsidentin hat diese Haltung der Regierung immer wieder zum Ausdruck gebracht. Die Beteiligung der LTTE ist für eine endgültige Lösung des Problems unabdingbar. Wenn Beratungen mit der LTTE stattfinden sollen, sind allerdings bestimmte Bedingungen notwendig. Die Verhandlungen, die vor dem 18./19. April 1995 geführt wurden, waren nicht erfolgreich, da solche Bedingungen fehlten.

Erstens muß die LTTE bereit sein, grundlegende politische Themen zu diskutieren. Damals ging es ihnen nur um Fragen wie Erziehung, Straßenbau, Bewässerung, Wiederaufbau und sie vermieden es, die wirklichen, grundlegenden Fragen zu erörtern. Zweitens sollten wir Absprachen über einen Zeitrahmen treffen, in dem die Erörterungen abgeschlossen werden. Drittens muß es zu einer Niederlegung der Waffen kommen, bevor Gespräche stattfinden können.

Sind derartige Gespräche mit den 'Tamil Tigers' heute notwendig, um dem Norden Frieden zu bringen?

Ich habe soeben gesagt, daß die Tür für Verhandlungen offensteht. Möglicherweise gab es in der Geschichte noch kein so schwieriges Problem. Es ist so komplex. Es handelt sich hier nicht um ein Problem, bei dem Sie morgens Frieden erwarten können, wenn die Gespräche am vorhergehenden Abend stattfanden. Es sollte einen ununterbrochenen Friedensprozeß geben. Die von der Regierung vorgeschlagene Lösung zielt auf eine dauerhafte Klärung aller

Fragen, mit denen sich die Tamilen konfrontiert sehen. Daher ist die Teilnahme der LTTE am Friedensprozeß für eine endgültige Lösung notwendig.

Sie sprechen von einer weitergehenden Machtteilung. Aber hinterfragt nicht die Opposition gerade auch die Tatsache, daß selbst heute bestehende Mechanismen, wie zum Beispiel die Ausübung der Polizeihochheit den Provinzräten nicht ermöglicht wird?

Die gegenwärtigen Rahmenbedingungen enthalten zahlreiche Schwachpunkte, die entfernt werden müssen. Wir müssen diese Grundlage zur Zufriedenheit aller Beteiligten neu formulieren. Das gelingt aber nicht im existierenden rechtlichen Rahmen.

Was immer es auch sei, bisher hat keine andere Frage für einen derartigen Aufruhr in der Bevölkerung gesorgt.

Ich glaube, daß der Grund für diese Situation darin liegt, daß bisher niemals versucht wurde, die anstehenden Fragen in ausreichender Tiefe zu verstehen. Wir versuchen, allen Bevölkerungsgruppen Gerechtigkeit zukommen zu lassen, während wir die Rechte der Bevölkerungsmehrheit im Rahmen der Machtteilung schützen. Wir haben diese Vorschläge am 17. Januar des letzten Jahres dem Parlament präsentiert, die Bevölkerung hat diese Vorschläge zur Machtteilung bereits am 3. August 1995 erfahren. Ich glaube schon, daß die Menschen jetzt ein tieferes Verständnis dafür entwickelt haben.

Gibt es nicht innerhalb der UNP Gruppierungen, die sich gegen die Vorschläge äußern?

Die Regierung hat diese Vorschläge den Menschen und dem Parlament präsentiert, damit jeder darüber seine Meinung äußern kann. Sie wird ganz offensichtlich alle ernstgemeinten Anregungen in ihre Überlegungen einbeziehen, solange diese nichts an den grundlegenden Prinzipien verändern. Hier ist eine Aufgabe, zu der sich alle zum Wohl des Landes zusammenschließen sollten.

So weit, wie ich es verstehe, hat die UNP bis heute noch keine klare Aussage darüber gemacht, daß sie die Vorschläge ablehnen oder sich anlässlich einer Abstimmung gegen sie aussprechen wird.

In der jetzigen Situation machen alle möglichen Leute allerhand unterschiedliche Äußerungen. Es ist nur natürlich, daß auch innerhalb einer Partei verschiedene Meinungen ausgedrückt werden. Es sollte eine Freiheit der Meinungsäußerungen für verschiedene Ansichten geben. Ich sehe darin nichts Falsches.

Unser Ziel im PSC ist es, gerade in den Feldern einen Konsens zu finden, in denen es weitgehende Zustimmung gibt.

Sie haben zugegeben, daß es hier um ein Thema geht, bei dem Emotionen sehr leicht hohe Wellen schlagen können. Wird nicht in diesem Zusammenhang der Vorschlag der Regierung für ein Referendum wie ein Bumerang auf sie zurückschlagen?

Ich sagte Ihnen schon, daß es noch keine Entscheidung für ein derartiges Referendum gibt, sondern nur, daß wir eine verfassungsgemäße Möglichkeit hierzu haben. Es gibt keinen Zweifel an der Intelligenz der Menschen im Lande. Während meiner Besuche im ganzen Land habe ich gesehen, daß die Menschen das Problem richtig verstanden haben. Wir fürchten uns nicht vor der öffentlichen Meinung, es gibt hierzu auch keinen Grund. Die Regierung hat nicht vor, irgendetwas gegen die öffentliche Meinung durchzusetzen. Es ist unsere Absicht, eine Lösung anzubieten, die den Erwartungen der Menschen entspricht.

(Übersetzung: Michael Mertsch)